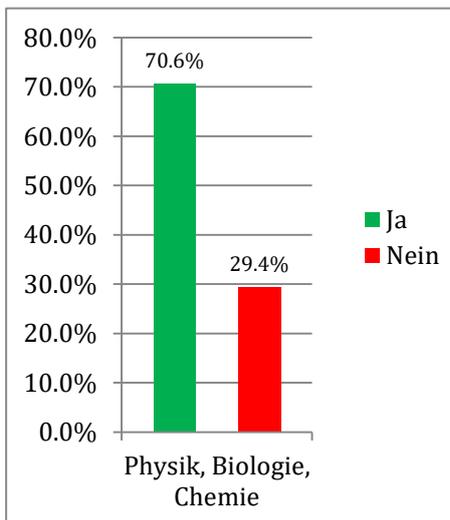


Lehrplan 21 und Sammelfächer: Note ungenügend.

Am 5. Juni entscheiden die Stimmbürger/-innen über drei wichtige bildungspolitische Vorlagen: "Einzelfächer statt diffuse Sammelfächer", "Lehrplan 21 sinnvoll überarbeiten" und "Bildungsqualität auch für schulisch Schwächere". Diese drei Vorlagen sind wegweisend für die Ausrichtung der künftigen Bildungspolitik in unserem Kanton.

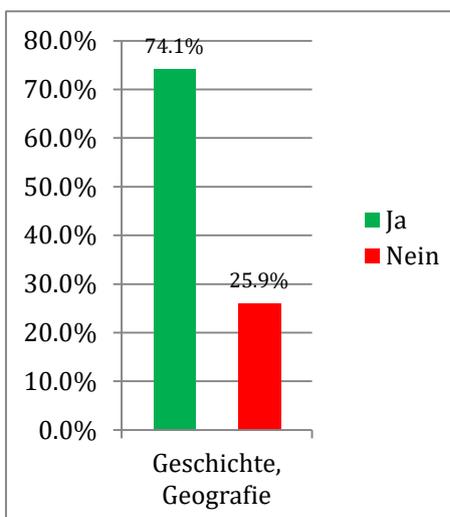
Die Mehrheit der Lehrpersonen ist gegen Sammelfächer

Die Bildungsvorlage "Einzelfächer statt diffuse Sammelfächer" will die Festschreibung der sieben Einzelfächer Geografie, Geschichte, Biologie, Chemie, Physik, Wirtschaftskunde und Hauswirtschaft im Bildungsgesetz. Damit möchten wir deren Abschaffung und die Einführung der drei Sammelfächer "Natur und Technik", "Räume, Zeiten, Gesellschaft" und "Wirtschaft, Arbeit und Haushalt" verhindern. Die grosse Mehrheit der Sekundarlehrer, die bei der kürzlich stattgefundenen Umfrage der BKSD Position für oder gegen Sammelfächer bezogen hat (ohne indifferente Antworten) lehnt die drei Sammelfächer "Natur und Technik", "Räume, Zeiten, Gesellschaft" und "Wirtschaft, Arbeit, Haushalt" ab. Um diese drei Sammelfächer geht es am 5. Juni. Die Umfrage der Bildungsdirektion ergab folgende Resultate:



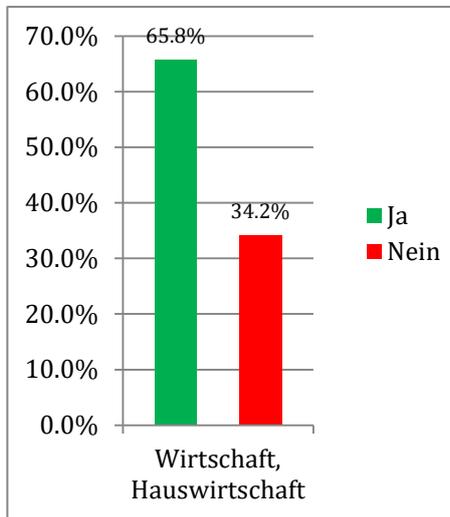
Einzelfächer Biologie, Chemie, Physik

2.4 Mal so viele Sekundarlehrpersonen befürworten gemäss den Umfrageergebnissen der BKSD die Weiterführung der Einzelfächer Biologie, Chemie und Physik. Für diese drei votierten 357 Lehrpersonen (70.6%), dagegen 149 Lehrpersonen (29.5%)



Einzelfächer Geschichte, Geografie

2.9 Mal so viele Sekundarlehrpersonen befürworten gemäss den Umfrageergebnissen der BKSD die Weiterführung der Einzelfächer Geschichte und Geografie. Für diese beiden Einzelfächer votierten 374 Lehrpersonen (74.1%), dagegen lediglich 131 Lehrpersonen (25.9%).



Einzelfächer Wirtschaftskunde, Hauswirtschaft

1.9 Mal so viele Sekundarlehrpersonen befürworten gemäss den Umfrageergebnissen der BKSD die Weiterführung der Einzelfächer Wirtschaftskunde und Hauswirtschaft. Für diese beiden Einzelfächer votierten 293 Lehrpersonen (65.8%), dagegen 152 Lehrpersonen (34.2%).

Sammelfächer führen zu Qualitätsabbau im Unterricht

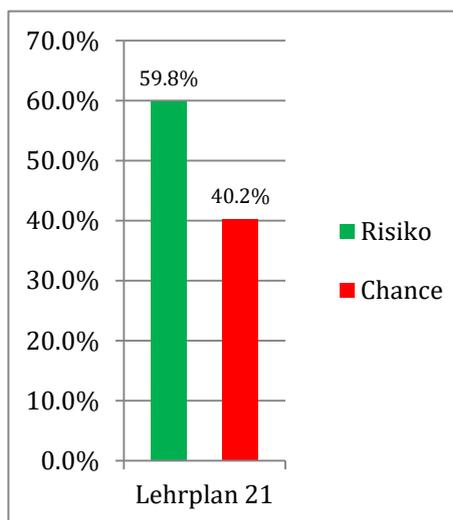
- Lehrpersonen werden zu Allroundern, die von allem ein bisschen können, aber von nichts fundiertes Fachwissen haben. Die Unterrichtsqualität nimmt aus fachlicher Sicht ab. Unterricht kann nicht gut sein, wenn die Lehrpersonen kaum mehr wissen als das, was sie von ihren Schüler/-innen auf dem Übungsblatt verlangen.
- Die Universität bietet keine Sammelfächer an – deshalb kann die fachliche Ausbildung nur noch an der Pädagogischen Hochschule der FHNW erfolgen. Die Fachausbildung ist dort aber signifikant geringer als an einer Universität. Lehrpersonen, die fachlich nicht sattelfest sind, was die Schüler/-innen rasch merken, verlieren schnell den Respekt, was unweigerlich zu disziplinarischen Problemen führt.
- Sammelfächer sind teuer: Die notwendige Weiterbildung der Lehrpersonen und neue Lehrmittel verschlingen Unsummen.
- Die Art und Weise der Ausbildung für die Sammelfächer ist nach wie vor unklar. Behalten wir die Einzelfächer bei, so bleibt die Option, die Fachausbildung der Sekundarlehrpersonen zurück an die Universität zu vergeben und die Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule auf die Pädagogik und Methodik zu beschränken. Damit könnten Millionen eingespart werden, weil die entsprechenden Vorlesungen und Übungen an der Universität bereits stattfinden. Mit der Universität Basel und der Pädagogischen Hochschule leisten wir uns zwei Bildungsinstitute, welche beide ihre Stärken und Schwächen haben. Die Stärke der Universität ist die Fachausbildung, die Stärke der Pädagogischen Hochschule die methodische und pädagogische Ausbildung. Beide Institute sollen sich auf ihre Stärken beschränken. Deshalb gehört die fachliche Ausbildung der Lehrpersonen zurück an die Universität. Nur ohne Sammelfächer ist dies möglich.

Mit dem Lehrplan 21 driften die Schulen weiter auseinander

Bei der zweiten Bildungsvorlage "Lehrplan 21" geht es nicht um die Frage, ob der Lehrplan 21 eingeführt werden soll oder nicht, sondern ob der Landrat als zweites, zusätzliches Gremium den Lehrplan 21 resp. den Lehrplan Volksschulen Baselland absegnen soll. Der Bildungsrat würde weiterhin seine Arbeit leisten und einen Entscheid fällen, wie bis anhin. Neu ist, dass der Landrat den Entscheid des Bildungsrates als Zweitgremium beurteilen und absegnen muss. Die Zweitbeurteilung würde durch die landrätliche Bildungskommission übernommen, die in Bildungsfragen ebenso ein Fachgremium ist wie der Bildungsrat. Diese doppelte Beurteilung (Bildungsrat, Landrat) ist gerade deshalb berechtigt und notwendig, weil mit dem Lehrplan 21 mittels Hunderten von meist abstrakten Kompetenzbeschreibungen eine völlig neue Bildungsideologie an unseren Schulen eingeführt werden soll. Lerninhalte rücken in den Hintergrund, diffuse Kompetenzbeschreibungen rücken in den Vordergrund.

Passiert der Lehrplan beide Gremien, so wird der neue Lehrplan, der heute in der gesamten Schweiz von links bis rechts heftig kritisiert wird, breiter abgestützt und damit besser legitimiert. Gerade aufgrund der hohen Brisanz des Lehrplans und der vielschichtigen Kritik, kann es nicht angehen, dass mit dem Bildungsrat ein 14-köpfiges Gremium autark und abschliessend über einen solchen fundamentalen Eingriff in unser Bildungssystem entscheiden kann und dabei weder die Position der Erziehungswissenschaftler, der Fachexperten, der Pädagogen und der Bevölkerung noch die horrenden finanziellen Auswirkungen berücksichtigen muss.

Die Sekundarlehrpersonen, welche klar Position für oder gegen die Kompetenzorientierung im Lehrplan 21 ausgesprochen haben (also keine indifferenten Antworten), lehnen gemäss einer Umfrage der BKSD mit einer deutlichen Mehrheit den kompetenzorientierten Lehrplan 21 in der vorliegenden Version ab.



263 Lehrpersonen (59.8%) lehnen den kompetenzorientierten Lehrplan 21 ab, 177 Lehrpersonen (40.2%) befürworten ihn.

Die Gründe für die grosse Ablehnung sind vielschichtig:

- Der Lehrplan 21 ist auf einer völlig neuen Bildungsideologie aufgebaut. Massgebend sind meist abstrakte Kompetenzbeschreibungen. Die Lerninhalte und Themen sind zu rudimentär angegeben.
- Der Lehrplan 21 gibt keine Jahresziele an, sondern beschreibt Kompetenzen, die in Dreijahres-Zyklen erreicht werden müssen. Was in welchem Schuljahr behandelt werden muss, ist völlig unklar. Die Schulen driften mit dem Lehrplan 21 weiter auseinander als vorher. Von einer Harmonisierung kann nicht die Rede sein.
- Der Lehrplan 21 unterscheidet nicht zwischen den drei Leistungsniveaus A (allgemeines Niveau), E (erweitertes Niveau) und P (progymnasiales Niveau). Stoffinhalte, welche für das Anforderungsprofil A richtig und gut sind, müssen z.B. für das Anforderungsprofil P nicht ebenfalls zielführend sein. Der Lehrplan 21 fördert eine Gleichschaltung der Schüler/-innen, indem er alle in ein und denselben Topf werfen will und auf ideologische Experimente wie Lernlandschaften, selbstorientiertes Lernen und Lerncoaches statt fundiert ausgebildeten Lehrpersonen setzt. Ein System, unter dem vor allem die schwächeren Schülerinnen und Schüler zu leiden hätten.

Ein Ja zu dieser Vorlage bewirkt, dass der Lehrplan 21 stärker überarbeitet wird. Dies, weil der Landrat, der die bildungspolitischen Reformen kritischer beurteilt, den neuen Lehrplan Volksschulen Baselland absegnen muss. Die Starke Schule Baselland, welche die beiden parlamentarischen Initiativen erarbeitet hat, die jetzt mit diesen Vorlagen umgesetzt werden, strebt einen Lehrplan an, bei dem massgebend die Lerninhalte und Themen für jedes Schuljahr definiert sind.

Die Starke Schule Baselland kritisiert genau dieses Kompetenzmodell des Lehrplans 21. Massgebend sollen die Lerninhalte und Themen sein. Kompetenzbeschreibungen sollen ergänzend erlaubt sein, was durchaus auch sinnvoll ist. Der Landrat hat kürzlich die Motion "Massgebend sind Inhalte und Themen statt Kompetenzen" von Landrätin Regina Werthmüller dem Regierungsrat zur Umsetzung überwiesen. Diese fordert sowohl auf der Primar- als auch der Sekundarstufe genau diesen Wechsel: Massgebend

sind Inhalte und Themen, nicht Kompetenzen. Regierungsrätin Monica Gschwind muss nun dazu eine Gesetzesvorlage erarbeiten. Die überwiesene Motion von Regina Werthmüller zielt auf die gesamte Volksschule.

Baselland ist federführend

Der Kanton Baselland war im Jahr 2002 mit dem Einreichen der Standesinitiative für eine gesamtschweizerische Harmonisierung der Schulen federführend. Ziel war, dass die Schüler/-innen von A nach B wechseln können, ohne fachliche Schwierigkeiten zu bekommen. Harnos hat aber, wie sich heute immer klarer zeigt, nichts mehr mit einer Harmonisierung unserer Schulen zu tun. Im Gegenteil: Unter dem Deckmantel von Harnos soll unser Kanton eine neue Bildungsideologie mit dem Lehrplan 21 und den Sammelfächern erhalten. Die Lehrpersonen werden zu Lerncoachs degradiert. Ein fundierter Fachunterricht rückt in den Hintergrund.

Federführend war unser Kanton auch mit dem Widerstand gegen diese Reformen mit der Lancierung und Einreichung der Harnos-Ausstiegsinitiative. Diese Initiative löste in einem beachtlichen Teil der Schweiz eine Gegenbewegung zum Reformvorhaben der Bildungsideologen in der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) ein.

Diese Reformen kosteten bisher Hunderte von Millionen, alleine in Baselland wurden 500 Millionen in neue Schulbauten aufgrund des Strukturwechsels auf 6 Primarschuljahre investiert. Und diese Reformen werden, wenn sie nicht gestoppt und punktuell rückgängig gemacht werden, weitere Hunderte von Millionen kosten. Geld, welches in den Klassenzimmern fehlt.

In sehr vielen Kantonen laufen Initiativen oder es wurden solche bereits eingereicht. Ebenso sind in zahlreichen Kantonen politische Vorstösse hängig. Diese Initiativen betreffen den Lehrplan 21, die mangelnde Fachausbildung der Lehrpersonen an den Pädagogischen Hochschulen, das Fremdsprachenkonzept Passepartout, die Aufrechterhaltung der Niveautrennung oder das Harnos-Konkordat.

Baselland ist jetzt einer der ersten Kantone, in welchem zwei entscheidende Bildungsvorlagen, welche die Reformen endgültig stoppen und korrigieren können, zur Abstimmung kommen. Diese Volksabstimmungen sind wegweisend für die gesamte Schweiz.